Der Steinarbeiter

Wochenzeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 240 Mk. — Eingetragen in der Reichs-Postliste unter Nr. 7528. — An Nichtverbandsmitglieder wird die Zeitung unter Kreuzband nicht versandt.

Schriftleitung und Versandstelle in Leipzig, Zeitzer Straße 30, IV., (Volkshaus) Aufgang B oder C. — Tel. 27503

Schluß des Blattes: Montags, mittag 12 Uhr. — Die Anzeigengebühr beträgt für die doppeltgespaltene Kleinzeile 120 Mk. Anzeigen werden nur bei vorheriger Einsendung der Kosten aufgenommen. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 2 — Sonnabend, den 13. Januar 1923 — 27. Jahrgang

Lohnbewegungen.

Laufende Notizen unter: „Gesperrt", „Streik", „Zuzug fernhalten", werden nur aufgenommen, wenn der Schriftleitung mindestens alle zwei Wochen kurzer Bericht gegeben wird. — Sperrnotizen finden nur Aufnahme, wenn der Grund der Sperre geschildert wird.

Gesperrt:

In **Dramburg**, Betrieb Nerius. In **Mülheim** (Ruhr), Betrieb von Karl Wayand.

Streik!

Osterode a. Harz. Auf Beschluß des Unternehmerverbands für das Mitteldeutsche Kunstgewerbe wurden sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil die Arbeiterschaft Magdeburgs und Dresdens das Unternehmerangebot abgelehnt haben. Für unsern Verband kommen die Firmen Schuhmacher, Kochendörfer und Hecht mit 30 Ausgesperrten in Betracht.

Zuzug ist fernzuhalten:

Außer den genannten Orten unter Sperre und Streik von **Liegnitz** (Firmen Herm. Wagner und Wilhelm Born). Von **Osterwald** (Betriebe Merneu. Illemann und Gebr. Schröder). Von **Geestemünde-Wulsdorf.** Von **Hirschberg** und **Hannowitz** in Schlesien.

Erledigte Bewegungen.

Seußen. Der Streik der Marmorarbeiter bei der Firma „Grasyma" konnte am 2. Januar zum Abschluß gebracht werden.

Teurung, Brotversorgung und Brotpreis.

Die Teuerung steigt auf allen Gebieten immer höher, unsre Frauen und Mütter, denen die Last des Haushaltführens obliegt, kehren stets mit blassen und schreckhaften Gesichtern vom Einkauf zurück, die Papiergeldscheine flattern ihnen nur so aus den Händen heraus. Alles Staunen, alles Murren, alle Aufregung hält die Scheine nicht zurück, schafft ihnen auch keinen höheren Kaufwert. Den Aerzten in Deutschland ist nur zu gut bekannt, wie ungeheuer zerrüttend die fortwährende Teuerung auf den geistigen Zustand unsrer Hausfrauen einwirkt; die mangelhafte Ernährung tut dann das ihrige zum körperlichen Verfall. Die Teuerung mit ihren Begleiterscheinungen vernichtet mit unheimlicher Sicherheit die besten Kräfte des Volkes.

Mancher Kollege, der im steten Ringen versucht, für seine Arbeitskraft in Gemeinschaft mit den Arbeitsgenossen eine höhere Bezahlung zu erlangen — immer dazu angetrieben, um den weiteren Verfall von Frau, Kindern und Häuslichkeit zu verhüten —, hat trotzdem oft die Einsicht nicht, was Frau oder Mutter nunmehr benötigt, um die einfachsten Lebensansprüche im Familienhaushalt erfüllen zu können. Unsagbar schwer haben es in solchen Fällen die Frauen; das sollte kein Kollege übersehen und sollte alsdann sein Verhalten dementsprechend einstellen.

„Die Lebenshaltungskosten im Dezember um 53,6 Prozent gestiegen,"

so meldeten Anfang Januar die Tageszeitungen. Die amtlichen Stellen haben es errechnet; sie können mit ihren Feststellungen natürlich immer erst hinterher kommen und es ist gewiß schon eine amtliche Fixigkeit, wenn nach Verlauf weniger Wochen die Teuerungs-Tatsachen des Vormonats durch Ziffern belegt werden können. Diese Feststellungen, genannt Reichsinderziffer, zeigen regelmäßig denen, die es sehen wollen, daß die Löhne nicht mitgekommen sind und daß unsre Hausfrauen wiederum der Familie Lebenshaltung haben strecken müssen; denn die Teuerung war viel größer als das ihnen zum Ausgleich zur Verfügung stehende Wirtschaftsgeld. So geht es mit immer größeren Schritten seit Jahren und zermürbt, wie bereits bemerkt, die besten Kräfte des Volkes.

Die Reichsinderziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung) ist nach den Erhebungen des Statistischen Reichsamts im Durchschnitt des Monats Dezember auf 68 506 gegenüber 44 610 im Monat November gestiegen. Die Gesamtkosten der Lebenshaltung betrugen somit für den Dezember das 685fache der Vorkriegszeit. Gegenüber dem Vormonat beträgt die Steigerung 53,6 v. H. Die Steigerung belief sich in den letzten Monaten auf 65,7 v. H. bezw. 102,2 v. H.

Die Inderziffer ohne Bekleidungsausgaben stellt sich auf 611,56, ist demnach um 52,7 v. H. höher als im Vormonat. Die Bekleidungskosten allein haben sich um 56,6 v. H. auf 116 113 erhöht. Die „geringste" Steigerung zeigt die Inderziffer für Ernährungskosten, die im Dezember um 46,8 v. H. auf 80 702 gestiegen sind. Ihre Höhe ist besonders beeinflußt durch die Kartoffelpreise, die im letzten Monat fast unverändert auf dem rund 200fachen des Friedenspreises geblieben sind.

Der entscheidende Einfluß der Markentwertung, die in den letzten Jahren der Hauptanlaß für die Preisentwicklung in Deutschland ist, wirkt sich mit ungeahnter Schnelligkeit aus. Die Preiserhöhungen folgen sich in geradezu erschreckendem Tempo. Notwendig ist, immer wieder zu sagen und die Blicke im In- und Auslande darauf zu lenken: Der Grund für diese Entwicklung liegt in dem unerhört niedrigem Stand der deutschen Mark, die seit Mitte dieses Jahres von etwa ein Achtzigstel auf ein Zweitausendstel ihres Friedenswertes gesunken ist.

Besonders fühlbar und besonders bedauerlich ist die Teuerung auf dem Gebiete des täglichen Bedarfs, also der Dinge, deren Kauf nicht zu vermeiden ist und die zu den unbedingten Notwendigkeiten für alle Volksangehörigen gehört. In erster Linie ist hierzu der Bedarf an den wichtigsten Lebensmitteln zu rechnen. Bei den Kartoffeln z. B. wirkt die jetzige Preissteigerung nicht so allgemein, weil eine große Zahl von Familien sich für den Winter mit Ach und Krach haben eindecken können. Das beeinflußt sogar die Reichsinderziffer, wie aus der obigen Notiz hervorgeht. Bei andern Lebensmitteln, vor allem bei Brot, ist die tägliche Erneuerung notwendig, und darum wird dessen Preissteigerung immer wieder von neuem fühlbar und drückender. Dieser außerordentlich fühlbare Druck im Arbeiterhaushalt, löst oft eine ganz schiefe Beurteilung der Ursachen der Brotpreis-Steigerung aus, so daß eine klare Darstellung der Verhältnisse aus nur sachkundiger Feder notwendig ist. diese schreibt:

„Zunächst ist festzustellen, daß die Brotversorgung für die Wintermonate als gesichert gelten kann, wobei Voraussetzung ist, daß die Eingänge aus der Umlage sich planmäßig vollziehen. Das ist natürlich notwendig. Eine Stockung in dieser Hinsicht müßte verhängnisvolle Folgen haben. In den Wochen, die seit der diesjährigen Ernte vergangen sind, ist die Ablieferung der einheimischen Landwirtschaft nicht ausreichend gewesen. Das erste Drittel der Getreideumlage, das bis zum 1. November, und einschließlich der im Gesetz ermöglichten Verlängerung der Ablieferungsfrist bis Ende November erfüllt sein mußte, ist nicht voll erfüllt worden. Es sind bis zum 1. Dezember 629 989 Tonnen abgeliefert worden. Die Ablieferung hat stark gelitten unter dem späten und ungünstigen Ernteausfall an Getreide und ebenso unter der Witterung, die die Erntearbeit erschwerte. Die Getreideernte, der zweite Grasschnitt und die Ernte der Hackfrüchte drängten sich unerwünscht zusammen, so daß die Landwirtschaft in den Wochen nach der Getreideernte mit diesen Aufgaben und den Bestellungsarbeiten außerordentlich stark in Anspruch genommen war. Der Drusch und die Ablieferung mußten darunter leiden (nicht wenige Landwirte haben diese Tatsachen für sich in sabotierender Absicht ausgenutzt. Sogar auf Anregung ihrer Organisation: dem Landbund. Red. d. St.) Das damals Versäumte muß jetzt nachgeholt werden. Tatsächlich ist die Ablieferung in der letzten Zeit auch besser geworden.

An Auslandgetreide ist mehr gekauft als während der gleichen Zeit des Vorjahres, ohne daß das Einfuhrprogramm geändert worden ist. Es werden, wie von vornherein vorgesehen ist, 2 Millionen Tonnen eingeführt.

Angesichts dieser Verhältnisse ist die Versorgung dahin zu charakterisieren, daß von einer Krisis in der Versorgung mit Brot nicht gesprochen werden kann, daß aber die Verhältnisse anderseits doch zu Sorge für die Zukunft Anlaß geben und dazu nötigen, mit Vorsicht und Energie zu handeln. Zur Klärung der Frage des Brotpreises muß man sich zunächst die Frage vorlegen: Wovon hängt der Brotpreis ab? Der Preis für das Markenbrot hängt naturgemäß in der Hauptsache von dem Preise ab, zu dem die Reichsgetreidestelle das Brotgetrede an die Kommunalverbände liefert. Dieser Preis ist selbstverständlich nicht willkürlich, sondern er wird bedingt von den Einstandspreisen der Reichsgetreidestelle. Hier sind zwei verschiedene Preise zu unterscheiden: die Preise für das inländische Umlagegetreide und die Preise für das eingeführte Auslandsgetreide. Der Unterschied zwischen diesen Preisen ist außerordentlich groß, da der Preis für das Auslandgetreide mit dem Fall der Mark gewaltig gestiegen ist. Der Preis für das Umlagegetreide hingegen ist trotz vorgenommener Erhöhung im Vergleich zu diesen Steigerungen niedrig geblieben. Um die Wende vom Juni zum Juli, als die Umlagegetreidepreise auf durchschnittlich 7000 Mk. pro Tonne vom Reichstag festgesetzt wurden, war der Preis für Auslandweizen rund 21 000 Mk., für Auslandroggen rund 17 500 Mark. Er betrug mithin annähernd das Dreifache des Umlagepreises. Im Durchschnitt des Monats November, also nachdem Ende Oktober die Umlagepreise auf durchschnittlich 28 000 Mark erhöht waren, kostete infolge des katastrophalen Marksturzes der Auslandweizen rund 360 000 Mark, der Auslandroggen rund 316 000 Mark. Der Preis für Weizen, der für die Einfuhr in erster Linie in Betracht kommt, hatte mithin mehr als das Siebzehnfache des Standes vom Juni erreicht, während die Preise für das Umlagegetreide nur etwa vervierfacht waren.

Der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle betrug bisher 30 000 Mark pro Tonne. Er ist durch Beschluß des Reichskabinetts vom 9. November auf 90 000 Mark erhöht worden. Dieser erhöhte Preis gilt seit dem 4. Dezember.

Da das für das Markenbrot erforderliche Getreide etwa zur Hälfte aus Umlage- und ausländischem Getreide zusammengesetzt ist, so ergibt sich ohne weiteres aus den oben angeführten Zahlen, daß die große Steigerung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle fast ausschließlich auf der Erhöhung der Preise des Auslandgetreides beruht.

Ein anschauliches Bild von dem Ausmaß der erfolgten Preiserhöhung gibt ein Vergleich: Die Abgabepreise der Reichsgetreidestelle stellen gegen die Preise der Vorkriegszeit beim Weizen eine Erhöhung um das 483fache dar, beim Roggen um das 548fache. Demgegenüber sind im November die Getreidepreise im freien Inlandmarkt auf das 1207fache für Weizen, und auf das 1364fache beim Roggen gestiegen. Für Auslandgetreide ist die Steigerung noch viel größer. Sie beträgt beim Auslandweizen das 1824fache, für Auslandroggen das 2209fache. Gegenüber der Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle beläuft sich also die Preiserhöhung für Inlandgetreide im freien Markt auf das Zweieinhalbfache, für das Auslandgetreide auf das Vierfache. Man ersieht daraus, wie stark die Umlage verbilligend wirkt.

Gleichwohl bedeutet die Erhöhung der Abgabepreise der Reichsgetreidestelle und damit des Preises für Markenbrot eine erhebliche Mehrbelastung der Bevölkerung. Es gibt aber kein Mittel, einzelne Gegenstände aus der allgemeinen Teuerung herauszugreifen und künstlich oder gewaltsam im Preise niedrig zu halten. Das einzige Mittel für eine Verbilligung des Brotes ist eine Besserung der allgemeinen Verhältnisse, insbesondere eine Besserung des Markwertes. Auf sie hinzuwirken, ist eine Aufgabe, der alle dienen müssen, die Regierung so gut wie das Volk."

Diese wirklich recht nüchterne Klarstellung der treibenden Kräfte zur Brotpreiserhöhung ist zweifellos richtig in seinem Zahlenmaterial und in der Gegenüberstellung vom Inland- und Auslandgetreide Doch die Haltung und Handlungen eines großen Teils der Landwirte in der inländischen Brotgetreidefrage kann damit nicht abgegolten werden. Trotz allen Klagen aus der Landwirtschaft ist die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß wohl keine Erwerbsschicht im deutschen Volk soviel „neue Reiche" aufzuweisen hat, wie die deutsche Landwirtschaft. Das ist kein gesundes Hinaufarbeiten durch eigene Kraft, sondern ein rücksichtsloses Ausnutzen der tieftraurigen Ernährungsverhältnisse der Aermsten des Volkes. Es ist im Hinblick auf die gemeinsame Not ein recht schwarzes Kapitel in der Ernährungsgeschichte des deutschen Volkes der letzten Jahre. Die Brot- und Getreidewucherer waren schon im Mittelalter die verrufensten Elemente und mancher aufrichtige Landwirt hat in der Neuzeit die Haltung und Handlungen seiner eigenen Kollegen bezeichnet wie wir es getan.

Ein Bild sieht so aus:

Die westlichen Ausländer mit ihren Freunden fassen nach unserer Gurgel, während gewisse Inländer uns ausziehen und dabei Stöße auf unsere Magengegend austeilen!

Es fragt sich nur, wie lange das Arbeitsvolk noch stillhält.

Abermals Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung.

Kaum daß erst unterm 12. September 1922 eine „Verordnung über Erhöhung von Geldbeträgen in der Unfallversicherung" ergangen ist, bringt das Reichsgesetzblatt vom 22. Dezember eine erneute derartige Verordnung, die als „zweite" bezeichnet wird. Man scheint deshalb damit zu rechnen, daß noch weitere solche Maßnahmen notwendig sind. Das wird natürlich ganz von dem Gang der weiteren Geldentwertung abhängen, die auszugleichen der Zweck der Verordnungen ist.

Während bekanntlich wie in der sozialen Versicherung überhaupt, so auch in der Unfallversicherung die Arbeiter, Gehilfen, Lehrlinge usw. ganz ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Arbeitsverdienstes der Versicherungspflicht unterliegen, sind die Betriebsbeamten, Werkmeister usw. nur versichert, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst eine gewisse Grenze nicht übersteigt. Diese ist jetzt auf zwölfhunderttausend Mark festgesetzt worden. Die Berufsgenossenschaften, also die Träger der Unfallversicherung, können durch Bestimmungen in ihren Satzungen noch darüber hinausgehen. Die Unfallrente wird nach dem Entgelt berechnet, das der Verletzte während des letzten Jahres im Betriebe bezogen hat (Jahresarbeitsverdienst). Soweit dieser eine gewisse Höhe übersteigt, wird der überschießende Teil nur mit einem Drittel angerechnet. Diese Grenze ist jetzt auf dreihundertsechzigtausend Mark festgesetzt worden. Wer also 600 000 Mk. verdinte hat, dem wird von dem Mehrbetrag von 240 000 Mk. nur ein Drittel, also 80 000 Mk. angerechnet, so daß seiner Rentenbemessung nur ein Jahresarbeitsverdienst von 440 000 Mk. zugrunde gelegt wird. Hiervon wird erst wieder die „Vollrente" berechnet, die im Falle gänzlicher Erwerbsunfähigkeit gewährt wird, und die zwei Drittel des Jahresarbeitsverdienstes beträgt. In unserm Beispiel also rund 294 000 Mk Bei nur teilweiser Erwerbsunfähigkeit wird der in Hundertsteln ausgedrückte entsprechende Teil der Vollrente gewährt, z. B. bei dem Verlust eines Auges 25 bis 33⅓ v. H.

Bei Tötung eines Versicherten durch Betriebsunfall wird als Sterbegeld der fünfzehnte Teil des Jahresarbeitsverdienstes gewährt. Es müssen das jedoch nunmehr mindestens dreißigtausend Mark sein. Beträgt eine Rente auf das Jahr nicht mehr als sechstausend Mark, so ist sie nicht in monatlichen, sondern in vierteljährlichen Beträgen im voraus zu zahlen. In der Vermögnsverwaltung bedürfen Grundstücksan- und -verkäufe nur erst dann der Genehmigung, wenn es sich um Objekte von mehr als 400 000 Mk. handelt.

Die Neuerungen sind sofort mit dem Tage der Verkündung der Verordnung, das ist mit dem 22. Dezember 1922, in Kraft getreten. Die neue Art der Berechnung der Unfallrenten hat für alle Unfälle Anwendung zu finden, die sich nach dem 30. November 1922 ereignet haben oder noch ereignen werden. Bei der Festsetzung der Leistungen werden die auch vor dem Inkrafttreten der Verordnung bezogenen Entgelte nach den neuen Vorschriften berücksichtigt. Hinsichtlich der Teuerungszulagen für die in früheren Zeiten festgesetzten Unfallrenten bleibt es bei den letzten Aenderungen, die am 1. Oktober 1922 eingeführt wurden. Nach diesen sind die Renten von mehr als 33⅓ v. H. der Vollrente nach einem Mindestjahresarbeitsverdienst zu berechnen. Es ist aber auch hier eine baldige Verbesserung notwendig.

F. K.

Aus dem Pflastersteinfach.

(A. Schffn.) Die umfangreichen Pflastersteinlieferungen als Reparationsleistung auf das Konto „Wiedergutmachung" nach Frankreich und eventuell nach andern Ländern sichern auf längere Sicht die gute Geschäftslage in der Pflastersteinbranche; das zeigt sich besonders im Bayrischen Wald. Inwieweit andre Bezirke an diesen Lieferungen beteiligt sind, entzieht sich meiner genaueren Kenntnis, doch ist es sicher nicht falsch, wenn behauptet wird, daß jeder Steinbruchsbezirk, in dem Pflastersteine hergestellt werden, auch Lieferungen erhält. Die Pflasterstein- und Schotterindustrie in Deutschland hat überhaupt große Aussichten für die Zukunft; denn sobald die Geldverhältnisse sich stabilisiert haben, können die Gemeinden groß und klein der Verlotterung ihrer Straßen nicht mehr tatenlos zusehen, sie müssen Pflastersteinmaterial beziehen, um die Verkehrswege wieder einigermaßen in Stand zu setzen. Die Aussichten sind also vielversprechend, das wissen auch die Unternehmer und es sind nicht wenige unter ihnen, die schon darauf rüsten. Unangenehm scheint es ihnen nur zu sein, wenn gelegentlich von Verhandlungen die Arbeiter auf die Zukunft und auf die gegenwärtigen Reparatinslieferungen verweisen, dann ist natürlich alles nichts. Neben dem Klappern, das zum Handwerk gehört, gesellt sich auch das Jammern; das gehört in der gesamten Natursteinindustrie zum sogenannten eisernen Bestand.

Vor dem Krieg und während seiner Dauer wurde im Bayrischen Wald der Steinhauerberuf zur Pflasterbearbeitung auffallend vermieden, auch hier hat sich heute eine Wandlung vollzogen; Steinmetz zu lernen hat niemand mehr rechte Lust, doch Pflastersteinarbeiter scheint mehr Reiz zu haben. Die Gründe dazu leuchten besonders der Bevölkerung in den Steinbruchsgebieten ein, vielleicht übt auch der ältere, in der Steinindustrie erfahrene Arbeiter hier einen gewissen Einfluß aus. Die Gründe sind: 1. Leichtere Erlernung der Pflastersteinbearbeitung. 2. fehlt das große Risiko wie beim Steinmetzen oder Bildhauer. 3. ist die gesundheitsschädliche Einwirkung nicht so groß wie beim Steinmetzen. In erster Linie leidet darunter die Sandsteinindustrie, dann folgt die Granitindustrie. Diese Wirkung ist allen Kollegen bekannt und es erübrigt sich daher, auf diesen Zustand noch näher einzugehen. Die wöchentliche Sterbetafel im „Steinarbeiter", ist ein sprechender Beweis. Die Geschäftslage in der Werksteinbranche ist ebenfalls nicht anziehend für junge Leute, sich eine Existenzgrundlage in der Branche zu suchen. Ja, die älteren Steinmetzen in der Granitwerksteinbranche fühlen sich schon längst nicht mehr wohl in ihrem gelernten Beruf, und gar mancher hat schon umgesattelt und sich der Pflastersteinbearbeitung zugewendet; die mäßige Entlohnung und die größere körperliche Anstrengung als Steinmetz sind natürlich auch die Triebfeder dazu. Freilich ist aller Anfang schwer, aber Wille und Ausdauer sind die Voraussetzungen, um ein zufriedenstellendes Resultat zu bringen. Der „Ueberläufer" findet sicher im „zweiten" Beruf, in dem er weiter mit Steinbrocken hantieren kann, seine Befriedigung, zumal der Verdienst ein andrer, besserer wird.

Das Pflastersteinhandwerk ist trotz seiner Einfachheit aber durchaus nicht anspruchslos. Es gibt alte Berufspraktiker, die sich bereits jahrelang mit den Steinen herumbalgen, aber nicht imstande sind, einen Pflasterstein in seiner geforderten „Position" herzustellen. Während man jüngere Pflastersteinmacher beobachten kann, die tatsächlich ein großes Geschick entwickeln in der Herstellung einwandfreier Pflastersteine und dabei auch ganz annehmbar verdienen. Der sogenannte Ritzer, ein Pflastersteinarbeiter, der die Steine, wie sie vom Felsen fallen, spaltet und grob vorrichtet, kann dem eigentlichen Pflastersteinmacher — dem Putzer — wenig Au-

strengung und Zeitverlust verschaffen. Beide gelangen durch ihre Arbeitsteilung zu einem Resultat, was einem alten „Pflasterer" größte Anstrengung kostet. Es gehört eben eine gewisse Fertigkeit dazu und wer diese als Pflastersteinmacher nicht aufweisen kann, für den ist es tatsächlich besser, er sucht sich eine andre Tätigkeit.

Nicht jedes Material eignet sich zur Anfertigung von Pflastersteinen. Der Pflastersteinmacher wünscht seinen aufzuarbeitnden Steinen einen bestimmten Härtegrad und im Bayrischen Wald eine „schöne" blaue Farbe. Das Pariser Muster z. B. verlangt blaues Material. Im Bayrischen Wald gibt es auch in verschiedenen Granitbrüchen „schönen", blauen und gutgehenden Granit zur Herstellung von Pflastersteinen. Unter anderm der Granitbruch von Kusser oder Kerber am Höhenberg. Dieser Granit macht in der Bearbeitung wegen seinem sicheren Spalten wenig Sorgen. Der Granit in den Werken um Hötzendorf ist ebenfalls sehr gut zu verarbeiten. Wenn er auch etwas grobkörnig ist, so bringt er in der Verarbeitung keine Hindernisse. Nach der neuen Methode, ohne Keilblech zu spalten, ist die Arbeit erleichtert worden. Außerdem gibt es noch verschiedene Steinbrüche hier, deren Granit in der Beschaffenheit keine Nachteile hat. Das ist wünschenswert, denn viele können sich dadurch ihr Brot verdienen.

Der Bayrische Wald ist sehr reich an Granit, überall tönt uns der Schlag des Steinhauerschlegels entgegen. Das ist das Zeichen, daß hunderte von Arbeitern in den Steinbrüchen für Geld sich abmühen. Mut und Geselligkeit herrscht in den Betrieben. Keiner denkt daran, was er für einen harten Beruf hat. Wer einmal Steinhauer ist und sich hineingewöhnt hat in den Kreis seiner „zünftigen" Mitarbeiter, der ist es mit Freude für sein ganzes Leben. Wenn ihn auch oft Jahre hinwegzogen, immer wieder führt ihn das Schicksal zurück zu seiner Haubank und zu seinen rauhen Steinen.

Altes und Neues.

Die heutigen vollständig geänderten Verhältnisse im beruflichen Leben des einzelnen, — ob es nun die Arbeit selbst oder das damit direkt Zusammenhängende betrifft, wie den „vielen" Papiergeldlohn und die daraus sich ergebende Existenzmöglichkeit —, hat schon manchen Steinmetz, der an frühere Arbeitskollegen oder an Verstorbene dachte, veranlaßt zu sagen: „Wenn der oder der die heutigen Zustände noch einmal mit erleben könnte, er würde sich sehr wundern!" Verstorbene sind für immer fort; sie können niemals mehr Vergleiche ziehen zwischen ihrem derzeitigen Arbeiterleben und dem heutigen; aber es gibt Lebende, die durch irgendwelche Vorkommnisse ihre Steinmetztätigkeit aufgegeben hatten, vielleicht weil sie einige Sprossen in der wirtschaftlichen Besserstellung hinaufgeklettert sind und folgedessen im Laufe langer Jahre bessergestanden haben als schlechthin ein Steinmetz. Allen diesen Berufwechselnden bleibt letzten Endes immer ihre handwerkliche Geschicklichkeit, auf die sie zurückgreifen, wenn die persönlichen Verhältnisse sich ändern. Der einmal gelernte Beruf ist ihr Stützpunkt und wird sie auch in den meisten Fällen wieder anziehen. Besonders die heutigen Wirtschaftsverhältnisse haben schon manchen, der eine andre Position sich erobert hatte, wieder zurückgedrängt in seinen Beruf, um im Daseinskampfe nicht zu unterliegen.

Vor uns liegt der Brief eines Steinmetzen, der zwanzig Jahre seine Arbeitstätigkeit als Steinmetz unterbrochen hatte. Die Not der Zeit hat ihm den „Knüppel" — das unentbehrliche Steinmetzhandwerkszeug — wieder in die Hand gedrückt. Für uns alle ist nun äußerst interessant, wie dieser Kollege die heutige Arbeit, seine Arbeitskollegen, den Unternehmer und den Arbeitslohn einschätzt. Der Betreffende beurteilt gewiß die heutigen sehr nach früheren Verhältnissen, und wir brauchen deshalb uns sein Urteil nicht zu eigen machen, aber trotzdem enthält es manches, was zu denken gibt. Der Brief ist auch nicht geschrieben, um nach irgendeiner Seite zu wirken, sondern ist nur eine private und rein persönliche Information. Aus diesem Grunde lassen wir Ort und Personennamen fort. Der Kollege schreibt:

„. . . ich las im „Steinarbeiter", daß Steinmetzen nach . . . . . gesucht wurden, und wurde aufgefordert, dort zu arbeiten, was ich auch tat. Das Arbeiten fiel mir in den ersten Wochen sehr schwer, jedoch der Mensch gewöhnt sich an alles. Das Material, welches bearbeitet wurde, war nicht sehr hart, es war nicht Kalk-, nicht Sandstein, man könnte es unter der Bezeichnung „Wacke" rubrizieren. In der Zeit meiner Tätigkeit als Werkmeister, ebenso während meiner Selbständigkeit, habe ich immer darauf gesehen, daß genügendes und passendes Werkzeug vorhanden, und daß vor allen Dingen sauber gearbeitet wurde. Wie wurde ich aber jetzt getäuscht. Werkzeug war ganz mangelhaft und zur Arbeitsqualität hieß es nur immer: „Es kommt nicht darauf an, Hauptsache, fertig sein und nicht lange an dem Stück arbeiten!" Die Bezahlung war nach Stundenlohn; wenn, wie früher, im Akkord gearbeitet worden wäre, hätte die Arbeit gewiß nicht so hingeschleudert werden dürfen. In der Hauptsache werden hier Kriegerehrungen ausgeführt. Der Unternehmer . . . . . hat selbst mitgearbeitet, aber wie? Er bänkte ein Stück auf, haute rein, arbeitete nur nach dem Auge, auf einen „Bauer", groß oder klein, kam es ihm nicht an; nur schnell fertig. Die andern Steinmetzen sollten nun in derselben Zeit fertig sein wie er; wer nicht mitkam, dem wollte er nicht den tariflichen Stundenlohn zahlen. Bei den Kollegen, wo er das nicht anbringen konnte, zahlte er schließlich wie es sich gehörte. Während meiner zehnwöchigen Tätigkeit hier habe ich so manchesmal an die früheren Zeiten gedacht. Es gab früher nur tüchtige Gehilfen, und die Meister, bei denen ich gearbeitet habe, waren in der Lage, eine Zeichnung „lesen" zu können. Der Unternehmer . . . . . hier konnte das nicht; er verstand nicht einmal die einfachsten Regeln der Architektur. Von mir auf verschiedene grobe Mängel aufmerksam gemacht, hatte er nur die Ausrede: „Es kommt nicht so genau darauf an". Aber auch meine Kollegen, alles junges Blut, waren ganz anders als meine früheren. Was ich hier an Steinmetzen gesehen und kennengelernt habe, spottet aller Beschreibung. Vom Arbeiten haben diese jungen Leute von heute wenig Ahnung, und dabei nannten die sich Bildhauer, weil sie in einem Grabsteingeschäft gelernt oder vielmehr ihre Lehrzeit in einem solchen verbracht hatten. Meister und Gehilfen waren in . . . . . nicht auf der Höhe.

Die Bezahlung war ortsüblich: pro Stunde Ende November 192 Mk. Während meiner Selbständigkeit habe ich oft gedacht, die Steinmetzen verdienen zuviel; aber nun ich selbst wieder tätig bin und Sonnabends meinen Lohn in Empfang nehme, habe ich eingesehen und war enttäuscht, wie wenig man sich von einem Wochenlohn kaufen kann. Ich mußte bemerken, daß der Unternehmer . . . . . trotz der wenigen Leute, die er beschäftigte, sich gute Butter, während wir uns nur Margarine leisten konnten, und so wie hier wird es allerorts sein. Durch die fortschreitende Teuerung wird es immer noch schlimmer. Manchmal habe ich darüber nachgedacht, wie es nur möglich ist, daß der Arbeiter immer noch zufrieden bleibt, und wie lange das noch so fortgehen soll. Ich kenne die Gepflogenheiten der Meisterschaft: durch feste Organisation und einheitlichen Verkauf, der vorgeschrieben ist, verdienen die Geschäftsinhaber heute trotz der Lamentos noch sehr gut und lassen sich jede Lohnaufbesserung nur durch den Schlichtungsausschuß abringen. Wie gut wäre es, wenn verschiedene Geschäftsinhaber einmal wieder Sonnabends Lohn empfangen würden und dabei feststellen könnten, wie wenig man sich trotz der vielen Geldscheine kaufen kann. — Ende November setzte hier großer Schneefall ein, ich mußte mit noch zwei andern Kollegen auf einem Bau alte Stufen nacharbeiten; der Stein war gefroren. Um besser arbeiten zu können, nahm ich einen alten Eimer und machte darin Feuer. Damit nun letzteres besser brennen sollte, hackte ich ein halbes Dutzend Löcher in den Eimer. Der Unternehmer, dem der alte Eimer gehörte, hat dieses beobachtet und meinem Meister sofort gesagt, daß er ihm 1000 Mk. dafür abziehe. Der kam nun zu mir und teilte mit, daß ich die 1000 Mk. zu bezahlen habe. Dieser Vorfall war der Grund, weshalb ich hier Feierabend machte. — Das Vorstehende ist Erlebtes und es sind die Eindrücke, die ich nach langen Jahren, wo ich nicht mehr praktisch und für Lohn gearbeitet, bei meiner ersten längeren Arbeitsstelle in mir aufgenommen habe. Meine Schilderung wird Sie vielleicht gar nicht einmal interessieren, für mich aber ist es heute noch von großer Wichtigkeit, zu sehen, wie sich das alles geändert hat. Seit 17 Jahren kenne ich die Verhältnisse an dem Orte, wo ich jetzt zu arbeiten angefangen habe; ich war neugierig auf das Können der andern und bin auch hier sehr enttäuscht. Diese jungen Steinmetzen, die während des Kriegs gelernt haben, werden nie das lernen und leisten, was wir älteren geleistet haben. Das liegt an den gegenwärtigen Verhältnissen und nicht zum wenigsten an der Einstellung zum Steinmetzberuf bei den Unternehmern. Wenn ich mir die Jahre der Hochkonjunktur im Steinmetzgewerbe ins Gedächtnis zurückrufe und an meinem Auge all die großen Bauten mit der reichen gotischen und Renaissance-Arbeit vorüberziehen, denke ich mir: was waren die alten Steinmetzen doch für tüchtige Leute; nach heutigem Können waren sie Künstler in ihrem Fach. Das Danieder liegen der Baukunst wird eines schönen Tages doch aufhören, man wird wieder tüchtige Steinmetzen brauchen, und dabei wird sich der große Mangel herausstellen. Diese Zeit möchte ich noch erleben . . ."

Ja, das möchten wir alle; denn dann haben wir auch sonst ein andres Wirtschaftsleben wie heute. Wir haben nur die Befürchtung, daß in diesem Falle das ganze Steinmetzgewerbe nicht auf der Höhe steht, um dann die an es gestellten Anforderungen zu erfüllen. Das kahle Unternehmer-Profitinteresse verrammelt durch verschiedene Maßnahmen in der Jetztzeit den Steinmetzen gegenüber in der Entlohnung, Arbeitszeit, Lehrlingsfragen usw. sich selbst für später das Tor, durch das die Steinbearbeitung für Bauten erneut hereinkommen soll. Bereits in früheren Jahren hat mancher Unternehmer nach dem Spruch gehandelt: „Nach uns die Sintflut". Ein großer Teil der heutigen Unternehmer arbeitet ähnlich, ohne zur nötigen Einsicht zu kommen. Der vorstehende Brief gibt darüber Belehrung.

Von den Löhnen der Jugendlichen.

Unter dieser Ueberschrift bringt das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine ausführliche Zusammenstellung über die Löhne der Jugendlichen, die dadurch veranlaßt worden ist, daß man den Gewerkschaften vorwirft, sie seien bestrebt, die Unterschiede zwischen den Löhnen der Erwachsenen und der Jugendlichen ebenso zu verwischen, wie zwischen denen der Gelernten und der Ungelernten, und zwischen den Arbeitern und den Arbeiterinnen. Die Folgen seien Genußsucht und Ausschweifungen bei den Jugendlichen, zunehmende Scheu vor der Berufslehre, Mangel an gelernten Arbeitern und Rückgang der gesamten Wirtschaft, wodurch auch die Beschäftigung der Ungelernten gefährdet sei. Demgegenüber hebt der Verfasser hervor, daß in den Gewerkschaften eine solche öde Gleichmacherei niemals Rückhalt gefunden habe. Dagegen sei die langjährige Tarifpolitik der Gewerkschaften, die stets gewisse Unterschiede der Entlohnung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen anerkannt habe, durch die Kriegswirtschaft nahezu aufgehoben worden. Die kriegswirtschaftlichen Betriebe waren auf die krasseste Leistungssteigerung eingestellt und entlohnten die massenweise beschäftigten Jugendlichen nur nach diesem Prinzip. Was in den vier Kriegsjahren an der Jugend gesündigt worden ist, konnten die vier folgenden Jahre nicht auslöschen. Dazu kommt, daß letztere den Arbeitslohn weit unter das Existenzminimum senkten und dadurch einen Lohnausgleich erzwangen, wie er früher kaum denkbar gewesen wäre. Wenn alle Löhne hinter der Teuerung zurückbleiben, so leiden naturgemäß die Spitzenlöhner am meisten darunter und die gewerkschaftliche Lohnpolitik muß sich in höherem Maße derjenigen annehmen, die am meisten hinter dem Existenzminimum zurückbleiben.

Es folgt sodann eine Uebersicht über das Tarifwesen von 12 Berufsgruppen, das durchweg bis zum Oktober 1922 reicht. Es sind folgende: Baugewerbe (mit Einschluß der Maler und der Steinsetzer), Holzgewerbe (mit Einschluß der Böttcher), Metallindustrie (mit Einschluß der Zimmerer), Bergbau, Chemische Industrie, Lederindustrie (mit Einschluß der Sattler), Bekleidungsgewerbe (mit Einschluß der Schuhindustrie, Kürschnerei und Hutindustrie), das Graphische Gewerbe (Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Buchbinder), Transport- und Verkehrsgewerbe (Eisenbahner und Transportarbeiter) und Gemeindebetriebe. Der Raummangel zwang den Verfasser, sich in der Auswahl der Beipiele Beschränkungen aufzuerlegen. Wir können aus den angeführten Beipielen nur einige wenige herausgreifen.

Das Tarifwesen ist je nach der Berufsgruppe sehr verschiedenartig entwickelt; man sieht schon der kurzen Uebersicht an, ob es sich um einen Beruf mit schon seit langer Zeit bestehendem Tarifwesen handelt, oder um einen Beruf, dessen Unternehmer noch bis vor kurzer Zeit so übermächtig oder rücksichtslos waren, daß der Abschluß eines regelrechten Tarifes unmöglich war. In der Uebersicht sehen wir, daß im Baugewerbe Württembergs, wenn der Lohn des erwachsenen Maurers = 100 gesetzt wird, der des Lehrlings 20 bis 50 beträgt und der des jugendlichen Ungelernten 42,7 bis 85,4. Im Holzgewerbe bestehen vier Altersstaffeln; eine umfaßt die der Arbeiter über 22 Jahre, die zweite die von 20 bis 22, die dritte die von 18 bis 20 und die vierte die von 16 bis 18 Jahren. Setzt man

Unterwegs.

Von Max Dortu.

Unterwegs —

Ein Wort: das dem Seßhaften das Herz höher schlagen läßt.

Unterwegs —

Heißt das nicht Wandern! Reisen! Abwechslung! Erlösung vom täglichen Einerlei! Heißt „Unterwegs" nicht: Herausgerissen sein aus dem Joch der harten Pflichten?!

Gewiß! Das läßt sich beim Worte „Unterwegs" erfühlen. Jedoch immer nur vom seßhaften Menschen.

Für uns aber: für die weltbereisenden Pflasterer, bedeutet das Wort „Unterwegs" nichts Angenehmes —

Unterwegs sein ist für den Pflasterer etwas Unfreundliches.

Das „Unterwegs" ist nur dann schön: wenn es kurzbegrenzt ist.

Dehnt sich das Unterwegs-sein auf viele Wochen, auf Monate und Halbjahre aus —

Dann ist es etwas Unangenehmes, etwas Häßliches, etwas: an das man nicht gerne denkt.

Jeder Mensch liebt seine Heimat.

Wo ist die Heimat des einzelnen Menschen? Dort – wo die Familie wohnt.

Solange wir jung waren, sind wir wohl ganz gerne da draußen in der Welt herumgeflogen.

Und wir sind weit über Land gekommen. Vor dem Kriege zog der hessische Pflasterer bis nach Amsterdam, Brüssel und London; bis nach Kopenhagen, Zürich und Wien.

Hat man sich aber die Wanderhörner abgestoßen, dann sehnt man sich nach einer eignen Heimatstätte.

Man heiratet, zeugt Kinder — und findet alle seine Interessen im engeren Bezirke der Heimat.

Und die Heimat der weltbereisenden Pflasterer ist schön!

Wir lieben unser Hessenland. Das Land des schwarzblauen Basaltes.

Die Sonne scheint uns daheim schöner zu sein als sonstwo.

Hell singen unsre duftenden Wälder.

Unsre Berge haben etwas Weiches und Mildes in ihrer Wesensart.

Und die Pflastererdörfer strahlen ein besonderes Geistgepräge.

In den Pflastererdörfern weht Aufklärungsluft.

Vom Rheinland, von Westfalen und von den deutschen Großstädten her bringen die Pflasterer die gute Idee allmenschlicher Gemeinsamkeit mit heim.

In den Pflastererdörfern des Hessenlandes ist neben der Schönheit einer herrlichen Natur auch der gute Sozialismus daheim.

Heimat! Wir lieben dich. — Und du liebst uns, Heimat!

Aber die geistesrückständigen Bauern unsrer Heimat, die lieben wir nicht — uns sie lieben auch uns nicht.

Ein schweres Ringen um die Macht.

In den Steinbrüchen unsres Hessenlandes steckt größter Reichtum. Basalt könnte Gold sein —

Wenn, ja! wenn die Ausbeutung der Brüche Gemeinwirtschaft wäre.

Aber die Steinindustrie liegt in Händen der flachstirnigen Kapitalisten.

Wir Arbeiter, die wir die Fremde bereisen müssen, wir erstreben die Sozialisierung unsrer heimatlichen Basaltbrüche.

Und wir werden unser Ziel erreichen! Unser Wille ist hart wie der Wille des Steines.

Haben wir die Profitwirtschaft durch die Bedarfswirtschaft einmal abgelöst: dann werden die vielen hundert Pflasterer in ihren hessischen Gebirgsdörfern Heimarbeit finden.

Das „Unterwegs-sein" wird für uns nicht mehr drohendes Muß sein.

Und in den Großstädten und in den Industriegebieten werden die ortsansässigen jungen Leute wieder den Pflastererberuf erlernen können. Man wird unsrer dort dann nicht mehr bedürfen.

Heimat! schönes Wort.

Heimat! nur der liebt dich wirklich — der den größten Teil des Jahres notgedrungen auf Reisen sein muß.

Wer sein Weib liebt, der möchte es nicht verlassen.

Daheim bleibt daheim!

Parlaments-Rhetorik.

Aus einer Tagung des Reichstags wurden der „Frankfurter Zeitung" nachstehende wahrheitsgetreue Proben unfreiwilligen Humors zur Verfügung gestellt: Beim Gesetz zum Schutz der Republik lobte im Reichstag Abg. Schücking seine Fraktion, der es zu danken sei, daß „Mitwissern der Aufenthalt an einer bestimmten Oertlichkeit für die Dauer von 5 Jahren auferlegt" werden könne. Das wäre allerdings eine ungeheure Grausamkeit! — Ein unabhängiger Abgeordneter meinte, der Glorienschein, den man früher um das Haupt der Kriegsbeschädigten gewunden hat, sei jetzt entblättert. — Ein Abgeordneter wollte sich „auf den Boden der Gesichtspunkte stellen, die da entwickelt worden waren". — Im preußischen Landtag argwöhnte der Abgeordnete Raboldt: Vom Minister Boelitz ist nicht anzunehmen daß er seine Gesinnung wie sein Hemd nach einem Jahre gewechselt hat. — Frau Dr. Matz von der Deutschen Volkspartei warnte: „Der Entwicklung des Films darf man nicht einen achselzuckenden Hemmschuh anlegen". — „Gehen Sie nicht so kalten Herzens an dieser brennenden Frage vorbei," klagte Herr Karsten von der USP., während sein Freund Breitscheid den Deutschnationalen entgegenhielt: „Die Revolution ist nicht aus dem blauen Dunst entstanden; sie entstammt aus den Wurzeln, an denen Sie, Herr Schulz, wesentlich mehr beteiligt sind, als wir!" — Dr. Helfferich meinte: „Die Sozialdemokraten haben mit eignem Munde in den sauren Apfel der indirekten Steuern gebissen." Bei einer andern Gelegenheit führt er aus: „Hat die Regierung die Absicht, die Erfüllungspolitik soweit zu treiben, daß dem deutschen Volke der letzte Atemtropfen ausgepumpt und dann der ausgebluteie Leichnam des deutschen Volkes als letztes Beweismittel der Entente auf den grünen Tisch niedergelegt wird?! — Der bayrische Volksparteiler Emminger hielt irgendetwas für „Hirngespinste, die an die Wand gemalt werden". — Recht ausgiebig betätigte sich der Kommunist Höllein: „Man sollte nicht immer mit dem abgedroschenen antibolschewistischen Gaul hausieren gehen"; ein andermal sprach er vom „Loch im Danaidenfasse der deutschen Finanzen"; „Rußland wird nicht mit hängendem Schwanze nach Genua gehen"; später bezeichnete er den Leidensweg des deutschen Volkes als den „Weg nach Golgatha; und schließlich: „Die Auguren des Herrn Stinnes leeren dem deutschen Volke die Taschen aus". Sein Freund Maltzahn: „Gerissene Kaufleute wickeln die Frauen ein!" Ein Unabhängiger: „Die Interessen des Proletariats sind das einzige Band, das vielleicht die Splitter wieder zu einem großen Bau zusammenschweißt!" „Das ist dieselbe in amtlicher Tunke frisierte Geschichte," meinte bei der Besprechung der Vorgänge an der Fürstin Bismarckschule der deutschnationale Abgeordnete Dr. Pflug. Ein kommunistischer Lehrer stellte den Bürgerlichen im preußischen Landtag folgendes Ehrenzeugnis aus: „Die Angehörigen der Rechten gehen in die Museen, besichtigen die Kunstschätze, ohne von dem Inhalt etwas mit nach Hause zu nehmen". „Bei der vorgerückten Stunde, und nachdem das Haus sich schon so entleert hat", erklang es einmal im Reichswirtschaftsrat. „Der Minister hat uns nur alte Rechnungen vorgelegt, wenn sie auch überzuckert sind". „Die Kinder werden (in der Schule beim Religionsunterricht) vertikal auseinandergespalten, sie dürfen nicht auseinandergerissen werden". (Frau Zetkin.) Der Demokrat Külz bei der Interpellation über den Wagenmangel: „Es fehlt am frischen Zug! Wenn in Hamburg eine Verstopfung eintritt, sollte sie nicht von Berlin aus zu regeln sein?" Augeordneter Becker (Hessen, D. Vp.): „Es ist behauptet worden, die Väter des Kompromisses standen wie begossene Pudel an der Wiege ihres Kindes". — „Bei den Märzvorgängen sind von beiden Seiten Fehler gemacht worden, von rechts wie von links, jetzt gilt es festzustellen, wer die richtigen Fehler gemacht hat". — Staatssekretär Hirsch meinte im Reichskohlenrat: „Meine Herren, „Verdient" wird hier mit einem besonderen großen „F" geschrieben!"

Volk.

Der sittliche Charakter einer Zeit entspricht ihrer wirtschaftlichen Struktur. Je geringer der wirtschaftliche Druck auf die Seele des Menschen ist, um so mehr triumphiert die Freiheit, um so höher ist das sittliche Niveau, um so mehr decken sich Volk und Begriff Volk, Menschheit und Begriff Menschheit.

Heute besteht zwischen Wirklichkeit und Begriff der schärfste Gegensatz. Zwar sucht man ihn gern künstlich zu verschleiern. Wenn es in selbstische Gelüste hineinpaßt, rechnet man sich so manchmal gern zum Volke, obwohl man in Wirklichkeit nichts mit dem Volke gemein hat und gemein haben will. Der Gegensatz besteht, wenn man auch tausendmal über alles Mögliche das Wort Volk setzt und allem Möglichen das Wort Volk anzuhängen bemüht ist. Es ist der Gegensatz zwischen dem Namen Volk, wie wir ihn heute ja allerdings überall finden, zwischen diesem Einheitsschein Volk, und der Volksseele, wie sie ganz anderswo vorhanden ist.

Das Volk lebt. Es ist da. Es ist da eine glühende Massenseele. Aber sie kann nicht lodern, sie kann noch nicht entflammen, weil die eisige Hülle eines nur zu materiellen Wirtschaftszwanges auf ihr lastet.

Das ist das Volk, was da unten lebt. Volk ist nichts Totes; Volk ist nicht Zahl. Volk ist Leben, Seele. Volk ist etwas Tiefinnerliches, ein hoher sittlicher Wert. Volk ist Zukunftsgehalt.

Das ist das Volk. Das ist das Volk, wie es von allen genialen Naturen wegen dieser genial-schlichten, großen Art geliebt wurde.

„Wie sehr ich wieder", schreibt Goethe auf seiner Harzreise, „Liebe zu der Masse von Menschen gekriegt habe, die man die niedere nennt! Die aber gewiß für Gott die höchste ist". Und dann freut er sich dieser Treue und Schlichtheit und Größe der Seele.

Alle großen Naturen, alle durchseelten Menschen, wie die musikalischen Meister, fühlten dieses Innerliche, das das wahre Wesen des Volkes ausmacht.

Je mehr wir den proletarischen Kampf gegen die zwingende Macht des Kapitalismus führen, um so freier machen wir die Volksseele von der drückenden äußeren Last, um so mehr geben wir ihr die Möglichkeit der ursprünglichen Entfaltung ihrer ureignen Art, um so mehr erzwingen wir von unten herauf durch die gestaltende Tat die Einheit. Wir reden nicht viel vom Volke. Wir erleben das Volk, weil wir die kämpfende Seele des Volkes in uns tragen, weil wir das Volk sind.

Dr. Gustav Hoffmann.

den Lohn des 22jährigen Arbeiters = 100, so beträgt der für Sechzehn- bis Achtzehnjährige 53 bis 68, bei Hilfsarbeitern bis hinab auf 50. In der Metallindustrie, wo sich, abgesehen von einzelnen Berufen, das Tarifwesen erst in neuerer Zeit zu entwickeln beginnt, ist die Uebersicht besonders schwierig. Unter anderem wird ein Tarif angeführt, wo der Lohn für besonders qualifizierte Arbeiter 103 v. H. des Lohnindex beträgt, der Lohn für Ungelernte 61 und für Jüngere bis zu 40 v. H. Im Bergbau betragen die Unterschiede zwischen den Löhnen der Erwachsenen und der Jugendlichen bis zu 50 v. H. Aus der Chemischen Industrie wird berichet, daß Fälle vorkommen, wo die Jugendlichen nur ein Drittel des Lohnes für Erwachsene beziehen. Aus der Lederindustrie wird unter anderem ein Tarif angeführt, der die Löhne für Erwachsene (108 Mk. Stundenlohn) festsetzt; für Jüngere sinkt er bis auf 24,40 Mark. Im Bekleidungsgewerbe beträgt der Zeitlohn in der Herrenbranche im ersten Jahre nach beendeter Lehrzeit 66⅔ v. H. des Vollarbeiterlohns, im zweiten Jahre 80 v. H. In der Schuhindustrie wird in Ortsklasse 1 an Arbeiter über 21 Jahre 100 Mark gezahlt, an Arbeiter unter 15 Jahren 25 Mk., für Arbeiterinnen betragen diese Zahlen 75 und 18.75.

Es fehlt natürlich auch nicht an Beispielen, wo die Grenzen recht eng gezogen erscheinen. Dies ist besonders im graphischen Gewerbe der Fall. Offenbar ist dies besonders darum geschehen, den Unternehmern für die Beschäftigung junger Kräfte keinen besonderen Anreiz zu geben. In früheren Zeiten ist es öfters vorgekommen, daß die Unternehmer bei den Löhnen für ältere Arbeiter anscheinend besonderes Entgegenkommen bewiesen daß dann aber bei flauem Geschäftsgange die älteren verheirateten Arbeiter eher entlassen wurden als die jüngeren, wenn die jüngeren nicht gar schon bei der Einstellung bevorzugt wurden.

Aus der Zusammenstellung im Korrespondenzblatt ergibt sich jedoch zur Genüge, wie falsch die Behauptung ist, daß die Gewerkschaften in ihrer Lohnpolitik auf den Einheitslohn hinarbeiten. Die Gewerkschaften haben von Anbeginn ihrer Tätigkeit den wirtschaftlichen Tatsachen Rechnung getragen und Unterschiede zwischen Gelernten, Angelernten und Ungelernten, zwischen erfahrenen Vollarbeitern und minder leistungsfähigen Jungarbeitern gemacht. Sie haben sich aber auch oft gegen die Versuche der Unternehmer wehren müssen, die Löhne der Jungarbeiter so niedrig zu bemessen, daß deren Beschäftigung und Bevorzugung einen besonderen Anreiz bildet. Die Grundlage für die Lohnbemessung muß die Leistung bleiben. An den Leistungen gemessen sind die Löhne der Jungarbeiter keineswegs zu hoch. Der Jungarbeiter muß in den Stand gesetzt werden, Mittel für seine Weiterbildung und für Anschaffungen aufwenden zu können, die für den späteren Haushalt bestimmt sind. Daß viele von ihrem Lohn nicht diesen Gebrauch machen, liegt an der durch den Krieg zermürbten Volkserziehung und an der Geldentwertung, die von jedem Sparen abschreckt. Es muß Aufgabe des Ausbaus der Bildungseinrichtungen und der Sozialversicherung sein, diese Schäden des Krieges wieder gutzumachen. **Den Gewerkschaften aber sollte man dafür danken, daß sie die Hebung der Leistungen in den Vordergrund ihrer Lohnpolitik stellen.**

Aus den Zahlstellen.

Zahlstellenarbeit. Die monatlichen Zusammenkünfte der Verbandsmitglieder an einem Ort sind, wenn der ganze Zahlstellenbereich einbezogen wird, die regelmäßigen Mitgliederversammlungen. Das ständige Verhandlungsthema in den örtlichen Versammlungen bildet in der heutigen Zeit wohl immer die Lohnfrage und dann die dem Lohn anzupassenden Beiträge für den Verband. Mit diesen notwendigen und zeitgemäßen Tagesordnungspunkten darf jedoch die sonstige Aufklärung nicht hintangesetzt werden. Die Geschicklichkeit des örtlichen Vorstandes zeigt sich besonders in der Aufstellung der Tagesordnung für die Zahlstellenversammlungen; nicht in der Vielheit der Verhandlungspunkte, sondern in der Zweckmäßigkeit und Gediegenheit liegt die Kunst. Kein Zahlstellenvorstand sollte etwas auf die Tagesordnung (abgesehen von Referaten) setzen, worüber nicht vorher im Zahlstellenvorstand eine Aussprache stattgefunden hat. Eine Mitgliederversammlung soll vom Anfang bis zum Schluß die Kolleginnen und Kollegen so imponieren und fesseln, daß jeder Versammlungsbesucher es als einen persönlichen Verlust ansieht, wenn er vorzeitig die Versammlung verlassen muß. Es schadet durchaus nichts, wenn bei diesem oder jenem Verhandlungsstoff einmal die Geister aufeinanderplatzen, sofern es in den üblichen Grenzen bleibt und der Verhandlungsleiter die Zügel in der Hand behält. Die vielgerühmte und empfohlene persönliche Ruhe hat sicherlich ihr Gutes, damit ist aber nicht gesagt, daß die Ruhe nun alles Temperament unterdrücken muß. Etwas Galle ist durchaus kein Fehler, sonst besteht schließlich die Gefahr, daß Ruhe gleichgestellt wird mit Phlegma oder gar Dickfelligkeit. Die anempfohlene Ruhe bedeutet im Versammlungsleben für den Vorsitzenden, daß er nicht zapplig wird; für die Redner und auch für die Zuhörer ist es die Disziplin des Unterordnens unter die Versammlungsleitung. Ein freiwilliges Unterordnen selbstredend, ein ungeschriebenes Gesetz, was jeder einigermaßen geschulte Arbeiter in den Fingerspitzen hat. Wenn schließlich auch einmal das Temperament durchgeht, soll nur die Ueberlegung und der Wortausdruck nicht darunter leiden. Wird dieses von jedem Teilnehmer beachtet und befolgt, dann wird er gewiß immer mit einer gewissen Genugtuung der Aussprache gedenken, und er wird jeder neuen Zusammenkunft mit großer Anteilnahme entgegensehen.

In den Versammlungen zu Jahresanfang wird u. a. auch die doppelte Beitragsleistung in der 13. Woche jeden Vierteljahrs mehr oder weniger eine besondere Rolle spielen. Weniger dort, wo der örtliche Vorstand und die Zahlstellenmitglieder die Einsicht haben, daß die Geldentwertung nicht hinter dem eigenen Haushalt der Mitglieder halt macht, sondern, daß die Geldentwertung alle Einrichtungen und selbstredend den eigenen Berufsverband nicht verschont. Die wöchentliche Verbandszeitung verschlingt an Papier- und Druckkosten allein schon mehrere Millionen Papiermark in einem Vierteljahr, und soll sie weiter erscheinen, dann dürfen die sonstigen Verbandsleistungen nicht darunter leiden. So rechnet das einsichtige Mitglied und es leistet im Hinblick auf die nicht umzustoßenden Tatsachen den doppelten Beitrag in der 13. Woche als ein „Muß“.

Anders ist es jedoch dort, wo dem örtlichen Vorstand diese Einsicht fehlt; da werden auch die Mitglieder kaum anders denken. In diesen Fällen wird, wie es ganz natürlich erscheint, nun nach Gründen gesucht, um den doppelten Beitrag zu bekämpfen. Jeder erfahrene Gewerkschafter weiß, daß das Beitragzahlen für die gewerkschaftlichen Organisationen das unangenehmste für manchen darstellt, was mit der Zugehörigkeit zum Verband nun einmal untrennbar verknüpft ist. Daran kann immer ein gewisser Teil von Anhängern sich durchaus nicht gewöhnen. Aber wer das eine will, kann sich dem andern nicht entziehen; und wenn ein Kollege sich darauf etwas zugute hält, daß er überzeugtes Mitglied seiner Gewerkschaft ist und dabei jeder Beitragserhöhung nur mit Murren und Knurren entgegensieht, der handelt genau so unlogisch wie jener, der bei Lohnverhandlungen seinem Arbeitgeber genau nachweist, warum der Lohn erhöht werden muß und nicht locker läßt bis zum Erfolg; dagegen seiner Frau, die nachweist, daß ihr Wochenwirtschaftsgeld nicht mehr ausreicht, ablehnend erklärt: „Kanitverstahn!“ Oder wenn er gar dem Verband, der nachweist, daß die Beiträge nicht mehr ausreichen und die außerordentliche Lage auch außerordentliche Leistungen beansprucht, in ablehnendem Sinne sagen würde: „Kanitverstahn!“ In einem solchen Verhalten ist immer eine gewisse Verbohrtheit vorhanden, die klarem Nachdenken nicht Stich hält. Kommt nun einer oder mehrere Kollegen mit solcher Anschauung nicht durch, dann suchen sie nach Gründen, dann wird ernstlich geprüft, ob der Verbandsvorstand überhaupt das Recht hat, oder wie das Fremdwort heißt, „kompetent“ dazu ist, einen solchen Beschluß des doppelten Beitrags zu fassen? So etwas kann nur der Beirat beschließen, heißt es dann, und weil nicht dieser, sondern die gesamte Verbandsleitung es beschlossen hat, sagen einzelne Kollegen mit gerunzelter Stirn: „Kanitverstahn!“, das gleichbedeutend ist mit: „Ich zahle nicht!“

Warum hat nun eigentlich der Vorstand den Beirat zur Lösung dieser Frage nicht zusammenberufen? Die Gründe liegen recht nahe. In erster Linie glaubt die Verbandsleitung ganz bestimmt, daß der Beirat sich der Notwendigkeit des doppelten Beitrags in der dreizehnten Woche pro Vierteljahr nicht verschlossen hätte. Im weiteren mußte die Angelegenheit schnellstens erledigt werden. Mit Rücksicht auf diese eine vorliegende wichtige Angelegenheit nun etwa den Beirat aus allen Himmelsrichtungen zusammenzurufen, wäre sehr kostspielig geworden. Diese Ausgabe konnte dem Verband erspart werden, zumal Ausschuß und Zentralvorstand einstimmig zu der Auffassung des doppelten Beitrags gelangten. Die Mehrzahl der Beschließenden sind Kollegen aus dem Betrieb, sie stehen also im Arbeitsverhältnis. (Sandstein-, Granit-, Marmor- und Pflasterbranche.) Die Sache lag so klar und undeutig, deshalb sollte die „Kompetenz“frage nicht in den Vordergrund geschoben werden; sie hat keine Berechtigung, weder sachlich noch statutarisch, und wer sich trotzdem daran klammert, dem ist es mehr um die Nichtbezahlung zu tun, als darum, dem Verbande zu geben, was er notwendig haben muß!

Jede Zahlstelle, ja jedes Verbandsmitglied bildet einen Stein in unserm Verbandsbau, und wo dieser Bau reparaturbedürftig ist, muß ohne langes Besinnen zugegriffen werden; läßt die Verbandsleitung die Baufälligkeit zu sehr einreißen, dann kann mit Recht später gesagt werden: „Die Mitglieder haben euch (die Verbandsleitung) zu Sachwaltern bestellt, warum habt ihr nicht zur rechten Zeit eingegriffen?“ Das hat nun die Verbandsleitung getan und nun kommen einige und sagen, das war nicht nötig, dazu fehlt die Vollmacht!

Die Bekanntgabe in Nr. 1 des „Steinarbeiters“ unter dem Titel: „Wie eine Zahlstelle nicht beschaffen sein soll“, hat gezeigt, daß einzelne Steine im Verbandsbau blättrig, brüchig oder rissig zu werden drohen, und wenn an diesen einzelnen Steinen keine Reparatur mehr möglich ist, bleibt weiter nichts andres übrig, als solche Steine, die vom Zahn der Zeit angefressen werden, weil ihnen die Wetterbeständigkeit mangelt, aus dem großen eigenen Verbandsbau zu entfernen. Die Verbandsleitung ist dazu sicherlich als bestellte Sachwalterin berechtigt.

Die Zahlstellenarbeit ist gewiß groß, vielseitig und verantwortungsvoll, doch soll und darf trotz der in den Zeitverhältnissen liegenden großen Belastung, der einzelne Ort niemals übersehen, daß er ein Teil des Ganzen ist. Unser aller gemeinsame Arbeit soll den einzelnen Teilen dienen, aber auch dem Ganzen. Ein bekannter verstorbener Schriftsteller hat vor langen Jahren in einem seiner Werke die Arbeiterbewegung mit einem Fresko-(Wand-)gemälde verglichen, das in gehöriger Entfernung jedem Beschauer imponiert und anzieht, doch wenn der Beschauer näher herantritt, dann sei das Gemälde weiter nichts als durcheinandergewürfelte Farbenklexe. In diesem Beispiel liegt viel Wahres. Jede einzelne Zahlstelle kann nun durch bewußte Arbeit dazu beitragen, daß beim näheren Zuschauen niemand enttäuscht wird und, daß in unserm Verband, in unsrer Gewerkschaft in allem eine klare und deutliche Linie der Gemeinsamkeit vorhanden ist.

Berneck. Die Zahlstelle nahm in ihrer Generalversammlung am 26. 12. 22 Stellung zur Statutenänderung. Die Zahlstelle hält die Erhebung von Extrabeiträgen trotz der Statutenänderung nicht für nötig, wenn Zentralvorstand und die Zahlstellenverwaltungen dafür sorgen, daß die statutarischen Beiträge (ein Stundenlohn ein Beitrag) geleistet werden. Die Zahlstelle lehnt deshalb den Extrabeitrag ab. Muß doch die Zentralleitung selbst feststellen, daß noch ein großer Prozentsatz von Kollegen vorhanden ist, die nur einen Teilbeitrag leisten. Extrabeitrag bedeutet nur eine Steuer für diejenigen, die bis jetzt ihren richtigen Beitrag laut Statut geleistet haben. Dagegen werden jene, welche es bis jetzt nicht allzu genau mit ihrer Beitragsleistung genommen haben, es verstehen, sich von den Extrabeiträgen zu drücken, ganz gleich in welcher Form. Die Beschlußzuständigkeit für den Zentralvorstand in diesem Falle muß angezweifelt werden laut Statut § 6 Abs. 9, indem der Beirat nicht zugezogen wurde. Die Lohnpolitik wurde einer längeren Diskussion unterzogen und beschlossen. Die gegenwärtige wirtschaftliche Lage erfordert unter allen Umständen eine gegenseitige Aussprache innerhalb der Bezirke mit den Kollegen und Zentralvorstand. Aus dem Jahresbericht des Vorsitzenden, der nochmals einen kurzen Rückblick für 1922 gab, sei erwähnt: Unsre Bilanz im Lohn sieht geradezu trostlos aus. Hofften wir am Schlusse 1921, daß das Jahr 1922 eine Verbesserung unsrer Lage mit sich bringen sollte, so hatten wir uns sehr stark verrechnet. Gerade das Gegenteil ist eingetreten. Die Geschäftsschwankungen, wie sie im Laufe des Jahres fast überall eingetreten sind, ganz gleich aus welchen Gründen, machten sich besonders in der Schleifereigruppe bemerkbar. Die schlechte Geschäftslage war beständig Vorwand bei den Tarif- und Lohnverhandlungen von den Unternehmern, und es muß festgestellt werden, daß ihnen dabei ein ganz gewaltiger indirekter Lohnabbau gelungen ist. Hierzu einige Beispiele: Anfang 1922 hatten wir eine Teuerungszulage von 700 Prozent, am Schluß des Jahres sind es 22 000 Prozent. Betrachten wir diese Steigerung, so könnte man denken, wir hätten für dieses Jahr nicht besser abschneiden können, so daß von großen Lohnsummen geredet wird, besonders auf Arbeitgeberseite. Nun fragen wir uns, was erhalten wir für diese Lohnsumme am Schluß des Jahres zum Vergleich des Lohnes am Anfang. Bemerkt muß noch werden, daß unsre Lage bereits Anfang des Jahres trostlos genannt werden mußte. Das Pfund Fett kostete Anfang 1922 14 Mk., am Schluß des Jahres 1400 Mk., gleich 100 mal soviel. Ein Paar Schuhe 200 Mk., jetzt 20- bis 25 000, gleich 100 mal soviel und darüber. Ein Paar Schuhe zu Besohlen 35 Mk., jetzt bis 4500 Mk., gleich 100- bis 150 mal soviel. Dasselbe ist bei allen Textilwaren der Fall, allen Hauseinrichtungen und sonstigen Bedarfsartikeln. Unter einer 50fachen Verteuerung ist überhaupt kein Artikel mehr zu finden, auch bei allen Lebensmitteln in diesem Jahre. Welche Steigerung haben aber unsre Löhne in diesem Jahre erfahren? Rechnen wir noch die Verbesserungen der Tarife mit hinzu, so kann höchstens mit dem 35fachen gerechnet werden. Konnte sich am Anfang des Jahres ein Hilfsarbeiter für drei Stundenlöhne ein Pfund Fett kaufen, so muß er jetzt am Schluß des Jahres fast einen ganzen Tag dafür arbeiten. Unsre Lohnbilanz gestattet, von einer direkten Verelendung der Schleifereiarbeiter zu sprechen. Auch das Benehmen der Arbeitgeber am Schluß des Jahres bei den Lohnverhandlungen muß herausfordernd wirken. Trübe schaut der Anfang des Jahres 1923 aus, es wird deshalb noch größere Anforderungen an jeden einzelnen Kollegen stellen. Nur der Opfermut und die Organisationsfestigkeit jedes einzelnen wird es uns ermöglichen, unsern Existenzkampf erfolgreich führen zu können. Zur Neuwahl wurde die gesamte Verwaltung wiedergewählt. Mit einem Appell des Vorsitzenden, daß auch im neuen Jahre die Kollegen wieder beweisen mögen, besonders durch einen guten Versammlungsbesuch, daß jeder einzelne mitarbeitet an der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Wirtschaftliche und soziale Wochenschau.

(WWB.) Schon die ersten Tage des neuen Jahres haben für die deutsche Wirtschaft eine größere Anzahl schwerster Enttäuschungen und größter Sorgen gebracht. Die Ablehnung der englischen Vorschläge durch das französische Kabinett und das in einem gewissen Zusammenhange mit dem englisch-französischen Gegensatze stehende Wiederaufloben der Kämpfe im nahen Orient stellen die Wiederkehr geordneter Zustände in Europa erneut in Frage. Die internationale Politik und Weltwirtschaft stehen im Zeichen einer neuen scharfen Krise. Es zeigt sich, daß die Liquidierung des Weltkrieges und seiner Schäden mit den Mitteln der Diplomatie alten Stiles geradezu unmöglich ist, und daß wir Ruhe und Frieden für Europa nur von einer Verständigung von Volk zu Volk erwarten können. Frankreich hat besonders deshalb die englischen Vorschläge in so scharfer Form zurückgewiesen, weil es den wachsenden Einfluß des englisch-amerikanischen Kapitals auf dem europäischen Kontinent fürchtet und sich in seinem Streben nach Aufrichtung einer französischen Vorherrschaft auf dem europäischen Eisenmarkte bedroht fühlt. Auf dem Rücken Deutschlands werden gegenwärtig imperialistische Gegensätze ausgekämpft. Amerika betrachtet die Mitarbeit am Wiederaufbau Deutschlands als ein Mittel zur Sicherung eines amerikanischen Etappenweges in das osteuropäische Wirtschaftsgebiet. Unter diesem Gesichtspunkte erscheint es sehr zweifelhaft, ob die Reichsregierung politisch klug handelte, als sie sich vor den Wagen dieser angelsächsischen Politik spannen ließ. Auf diese Weise wurde sofort das Mißtrauen der französischen Schwerindustrie wachgerufen, die bekanntlich großen Einfluß auf das Kabinett Poincaré besitzt. Daß andre Wege aussichtsreicher sind, zeigte die verhältnismäßig günstige Aufnahme der deutsch-französischen Wiederaufbauverträge, insbesondere desjenigen der gemeinnützigen Baugenossenschaften, in den breiten Schichten Frankreichs und vor allem in den zerstörten Gebieten. Die Sicherung des Friedens am Rhein wird man schwerlich durch einen internationalen Garantievertrag erreichen können. Viel mehr Aussicht auf Erfolg hätten die Bestrebungen gehabt, die auf eine Kooperation von deutscher Kohle und französischem Erz hinzielten und auf dem Wege freiwilliger Vereinbarungen eine enge Verknüpfung deutsch-französischer Wirtschaftsinteressen herbeiführen wollten. Die französische Schwerindustrie kann sich nur mit Hilfe deutscher Kohle entwickeln und die deutsche Eisenindustrie sieht sich durch den Versailler Frieden ihrer wichtigsten Erzbasis beraubt. Wenn es gelänge, in dieser Beziehung einen für beide Teile erträglichen Interessenausgleich zu schaffen, so würde sich eine befriedigende Regelung aller übrigen Fragen verhältnismäßig leicht erreichen lassen. Im Herbst 1922 war man in Frankreich für die diesbezüglichen Verhandlungen sehr günstig gestimmt. Eine Abkühlung trat erst ein, als die deutsche Außenpolitik in das angelsächsische Fahrwasser hineinsteuerte. Politische Abmachungen, die im Gegensatze zu wichtigen Lebensinteressen der Wirtschaft stehen, sind von vornherein wertlos. Es unterliegt keinem Zweifel, daß nunmehr unter dem Drucke der anhaltenden politischen Hochspannung die Verschlechterung unsrer Wirtschaftslage weitere Fortschritte machen wird. Die Berichte der preußischen Handelskammern für Dezember 1922 und die Meldungen der Arbeitsnachweise lassen bereits ein erschreckendes Abflauen der Konjunktur und eine beängstigende Zunahme der Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit erkennen. Wenn die Entwicklung in dieser Weise weitergeht, stehen wir in wenigen Wochen dem größten wirtschaftlichen und sozialen Elend gegenüber, das unter Umständen durch einen neuen Kurssturz der Mark noch eine gefährliche Verschärfung erfahren kann. Die Gespenster des Bolschewismus und Faszismus tauchen bereits wieder am deutschen Horizont auf. Das Scheitern der jetzigen Pariser Verhandlungen kann sehr leicht die Selbstzerfleischung des deutschen Volkes nach sich ziehen.

Rundschau.

Einmal etwas andres. Druckfehler haben schon manchen unfreiwilligen Witz, auch manches Mißverständnis verursacht. Kürzlich bekam unsre Schriftleitung einen Inseratenauftrag, der Frauen in gewissen Fällen Hilfe bringen soll. Diese Inserate werden aber im „Steinarbeiter“ nicht aufgenommen. In dem gedruckten Anschreiben wird nun dargelegt, wie oft das Inserat erscheinen soll, welche Buchstabentypen, daß es nicht mit Konkurrenzanzeigen zusammenkommt usw. Dann heißt jedoch der gedruckte Schlußsatz:

. . . Bemerken möchte ich noch, daß meine Mitte von der Gesundheitspolizei und der Medizinalbehörde geprüft und dem Verkaufe freigegeben worden sind. Hochachtungsvoll
Frau (folgt Name).

Das fehlende „l“ an dem einen Wort hat das Unglück angerichtet und der Perspektive allerhand Möglichkeiten gelassen.

Doppelte Portoerhöhung soll am 15. Januar in Kraft treten. Der einfache Brief im Fernverkehr würde dann 50 Mk. und im Ortsverkehr 20 Mk. kosten. Im Verkehr mit dem Verbandsvorstand und der Schreiftleitung dürfen die Zahlstellen und sonstigen Briefschreiber die Erhöhung, die bisher noch nicht im einzelnen feststeht, nicht übersehen.

Die Last der Rheinbesatzung. Seit nunmehr vier Jahren steht die Besatzungsarmee der Alliierten, der „Gerichtsollzieher“, am Rhein, der das deutsche Volk und seine Auftraggeber bei weitem mehr kostet, als er jemals einzubringen vermag. Seit dem Waffenstillstand bis Ende März vorigen Jahres hat die Armee der Interalliierten im Rheinlande die Summe von 5½ Milliarden Goldmark und 14 Milliarden Papiermark an direkten Kosten erfordert, das heißt nach einer französischen Berechnung täglich über 10 Millionen Frank. Im englischen Unterhause mußte kürzlich die Regierung zugeben, daß die Kosten des britischen Besatzungsheeres bisher 54,65 Millionen Pfund Sterling betragen haben, das heißt, daß England aus eigener Tasche 4,658 Millionen Pfund Sterling bezahlen mußte, da es in der gleichen Zeit von Deutschland nur 50 Millionen Pfund an Reparationszahlungen erhielt. Die jeder Vernunft hohnsprechenden Verhältnisse sind also bereits so weit gediehen, daß angesichts der Zahlungsunfähigkeit Deutschlands die „Sieger“ die Kosten für die Besatzung am Rhein aus Eigenem begleichen müssen. Während man in Deutschland nicht aus noch ein weiß, einen von Tag zu Tag bitterer werdenden Kampf um die nackte animalische Existenz führt, mit Trauer im Herzen zusehen muß, wie unsre Jugend körperlich und seelisch verkommt, wie das Gebäude unsrer deutschen Kultur in Trümmer fällt, sitzt am Rhein eine Armee, der nichts zu teuer, nichts zu selten ist.

Durch Besatzungstruppen und Behörden sind sage und schreibe 207 Orte belegt. Und wie diese Orte belegt werden, dafür nur ein kurzes Beispiel aus dem wider jedes Recht besetzten Düsseldorf: Gleich beim Einzug der Truppen mußten sofort 500 bis 600 Offizierswohnungen beschafft werden. Für die Unteroffiziere wurden ganze Häuserreihen belegt. Duisburg muß Offizierswohnungen errichten, deren Kosten auf über 100 Millionen Mark veranschlagt werden, außerdem Kasernenbauten, die ebenfalls über 100 Millionen Mark verschlingen. Nun erst die Anforderungen, die an Einrichtung und Umfang der Wohnungen gestellt werden. Der General Percin brandmarkt die irrsinnige Verschwendungssucht seiner militärischen Kollegen in der Ere nouvelle vom 1. November 1922. Das ist begreiflich, denn sein Kollege in Wiesbaden im ehemals kaiserlichen Schlosse nimmt für sich und seine Familie in Anspruch: 5 große Salons, einen Speisesaal, 4 Schlafzimmer mit Toilette, vier Badezimmer, 3 große Säle für Konzerte, Tanz und Bankette, sowie zwei große Empfangszimmer. Durch Bureaus sind belegt: für Offiziere 38 Räume, für Sekretäre 21, für deren Dienstboten und Ordonnanzen 49. Für den Brigadegeneral in Wiesbaden mußten 30 Perserteppiche gekauft werden. Für den kommandierenden General in Mainz wurde außer dem großherzoglichen Schlosse noch eine Sommerwohnung im Schlosse Waldhausen bei Mainz requiriert. Und wie die Großen sich räuspern und spucken, so machen es die Kleinen nach. Kein Wunder, daß diese Armee die Seelen der Völker vergiftet und unsagbaren Haß und Verachtung gesät hat. „Moralische Ahrüstung“? Sie ist unmöglich, solange die schwarzen Truppen im Rheinlande hausen. Das wollen wir der Welt immer wieder sagen, bis sie es begreift, daß kein Frieden in der Welt möglich ist, solange die Truppen am Rheine stehen. Für die jährlichen Kosten auch nur einer Kompanie der Besatzungstruppen hätte ein französisches Dorf wieder aufgebaut werden können!

Soziales. Ueber den Frauenüberschuß, namentlich bei den heiratsfähigen Altersklassen, in Europa macht die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ folgende Angaben: Von 475 Millionen Menschen sind ungefähr 250 Millionen Frauen. Der Frauenüberschuß vor dem Kriege war ungefähr 9,5, jetzt beläuft er sich auf etwa 25 Millionen. In Rußland kamen vor dem Kriege auf 1000 Männer 1042 Frauen, 1920 aber 1299 Frauen. In Deutschland wurden vor dem Kriege 1026 Frauen auf 1000 Männer gezählt, nach dem Kriege 1100.

Die mangelhafte Ernährung des Proletariats kommt in den Zahlen zum Ausdruck, die die Statistische Korrespondenz des Preußischen Statistischen Landesamtes über den Rückgang des Fleischverbrauches in Preußen bringt. Nach sorgfältigen amtlichen Ermittlungen, besonders auf Grund des Schlachthaus- und örtlichen Beschauungszwanges ist der Fleischkonsum auf den Kopf der Bevölkerung Preußens von 49,5 Kilogramm im Jahre 1913 auf 33,5 Kilogramm im Jahre 1921 oder von 100 auf 67,8 zurückgegangen. Da aber die Hausschlachtungen, die enthalten sind in diesen Zahlen, besonders auf dem Lande stattfinden, so weist der Fleischkonsum in den Städten heute nur etwa 50 bis 60 Proz. des Fleischkonsums vor dem Kriege auf. Mit der inzwischen eingetretenen weiteren bedeutenden Teuerung ist dieser Prozentsatz ohne Zweifel noch ganz erheblich gesunken. Wenn man dann weiter bedenkt, daß einen wesentlichen Teil der Fleischesser die Ausländer, Schieber und andern Reichen ausmachen, dann kann man ermessen, in welch geringem Maße sich das Proletariat heute noch Fleisch leisten kann, in welch hohem Maße es damit beim Fehlen dieses wichtigsten Nahrungsmittels unterernährt ist.

Ueber die Wirkung des Achtstundentages beabsichtigt die schwedische Regierung eine Erhebung durchzuführen, obwohl das Sozialamt davon abrät, weil die Verhältnisse zu anormal seien. Es sei zudem verfrüht, die Erhebung schon jetzt zu machen, weil die Beschlüsse der Washingtoner Konferenz betreffend Arbeitszeit erst in einigen Ländern ratifiziert wurden und das Internationale Arbeitsamt die ganze Frage noch mit den einzelnen Regierungen berate. Anderseits soll die Erhebung durchgeführt werden, um die Grundlage für die neue Gesetzgebung in der Arbeitszeit zu geben, da diese jetzt nur durch ein Provisorium geregelt ist. Arbeitgeber, Arbeiter, Bildungs-, Sportvereine usw. werden zur Mitarbeit an der Erhebung herangezogen werden. Besondere Untersuchungen werden auch in bestimmten Berufen getroffen. Ebenso sollen die Produktionskosten genau festgestellt werden. Ebenso sollen die wahrscheinlichen Kosten bestimmt werden, die entstanden wären, wenn die früher übliche Arbeitszeit beibehalten worden wäre. Trotz aller berechtigten Bedenken gegen diese Erhebung wird das Resultat dennoch auch für Deutschland interessant und lehrreich sein.

Beruf und Zahnkrankheiten. In welch erschreckender Weise der Beruf auf die Gesundheit der Zähne einwirkt, zeigen uns Feststellungen, die an Nürnberger Lebkuchen- und Zuckerwarenarbeitern gemacht worden sind. Danach hat dem Zentralblatt für Gewerbehygiene zufolge ein männlicher Arbeiter bei einem Durchschnittsberufsalter von 23 Jahren und bei einem Durchschnittslebensalter von 43 Jahren nur noch 6 statt 12 Vorderzähne, von denen nur 2 gesund sind. Und bei den Frauen ist der Befund trotz geringeren Durchschnittsalters und trotz geringeren Lebensalters noch schlechter. Mit Recht wird deshalb die Forderung nach Spezial-Gewerbeärzten erhoben.

Frau und Krieg. Während von den jungen Männern im Alter von 20—25 Jahren vor dem Kriege nur verhältnismäßig wenige vom Tode hingerafft wurden, stieg die Zahl der Toten aus diesen Jahren im Kriege naturgemäß ganz bedeutend. Wie die Statistik jetzt festgestellt hat, geht die Sterblichkeitskurve der Frauen in ähnlichem Verhältnis wie die der Männer verglichen mit der Friedenskurve, nur daß die Kurve bei den Frauen noch ausgeprägter ist. Diese Tatsache zeigt, daß die Frau im Kriege unter den Aufregungen, Entbehrungen noch mehr als der Mann gelitten hat. Es ist also in jeder Weise etwas Herrliches um das „Stahlbad".

Die Planlosigkeit der kapitalistischen Wirtschaft wird illustriert durch die große Verschiedenheit, die die Teuerungszahl in den verschiedenen Städten hat. Da ist die Zahl dem Reichsarbeitsblatt zufolge z. B. größer in einer kleinen Stadt als in einer großen und in den Städten mit gleicher wirtschaftlicher Struktur und Größe verschiedenartig. Während Breslau z. B. im September (1913/14 = 100) eine Teuerungszahl von „nur" 9414 aufweist, hat Berlin 10 347, ebenso Leipzig 10 667, Stuttgart 10 727 und Mannheim 10 963, dagegen Hamburg 12 010, Frankfurt 11 652, Bremen 12 393 und Erfurt 12 989. Es sind nicht nur die bekannten Ortsklassen, sondern innerhalb der Klassen die verschiedensten Abstufungen, gerade wie der Zufall der kapitalistischen Wirtschaft es will. Am meisten sind nach jenen Septemberzahlen des Reichsarbeitsblattes die Ausgaben für Bekleidung gestiegen. Sie weisen gegen den Vormonat eine Steigerung um 107 Prozent auf!

Die arbeitende Frau. Nach den Feststellungen durch die Gewerbeaufsicht haben sich die Arbeiterinnen meist ihren früheren Beschäftigungsarten wieder zugewandt. So hat die Beschäftigung der arbeitenden Frauen in der Textil-, der Bekleidungs-, Glas-, Porzellan-, Nahrungs- und Genußmittelindustrie zugenommen. In verschiedenen Fällen sind Frauen aus der Industrie zur Landwirtschaft übergegangen. Dagegen sind die Bestrebungen, arbeitlose Arbeiterinnen in der Hauswirtschaft unterzubringen, ohne Erfolg gewesen, was bei den sklavenhaften Zuständen und der jämmerlichen Entlohnung in der Hauswirtschaft nicht verwunderlich ist. Die im Kriege in der Industrie tätigen Kriegerfrauen sind größtenteils wieder in den eigenen Hausstand zurückgekehrt. In der Kleineisenindustrie hat die Zahl der Arbeiterinnen zugenommen. Der Kölner Bericht weist darauf hin, daß wichtiger als die Erschließung neuer Beschäftigungsarten die Gewinnung der jüngeren Arbeiterinnen für die gelernten Berufe und Schaffung einer vertieften Berufsausbildung ist, da sich fast überall ein fühlbarer Mangel an Facharbeiterinnen bemerkbar macht, auch in dem ureigensten Frauengewerbe: Näherei, Putzmacherei, Stickerei, besonders in Oberschlesien befindet sich die Frau noch immer auf Posten, die an sich nur für Männer geeignet sind. So hat die Entfernung von Arbeiterinnen von ungeeigneten Stellen in den Zinkhütten nur geringe Fortschritte gemacht. Ebenso befindet sich noch immer eine unerwünscht große Zahl von Frauen in der Steinbruchsindustrie und in den Kokereien und Großeisenwerken. Sogar Nachtschichten werden von den Frauen verfahren!

Abrechnung der Hauptkasse

vom 3. Quartal 1922.

Einnahme:

	Mk.
Für Eintrittsgeld	18 018.—
„ Beiträge, à 2.— Mk.	360.—
„ „ à 3.— „	453.—
„ „ à 4.— „	260.—
„ „ à 5.— „	61 105.—
„ „ à 6.— „	2 502.—
„ „ à 7.— „	57 932.—
„ „ à 9.— „	165 366.—
„ „ à 11.— „	242 781.—
„ „ à 13.— „	528 593.—
„ „ à 15.— „	919 425.—
„ „ à 17.— „	765 374.—
„ „ à 19.— „	1 588 932.—
„ „ à 21.— „	1 498 833.—
„ „ à 23.— „	1 729 163.—
„ „ à 25.— „	1 286 150.—
„ „ à 27.— „	731 700.—
„ „ à 29.— „	616 511.—
„ „ à 31.— „	1 709 340.—
„ „ à 33.— „	495 924.—
„ „ à 35.— „	134 540.—
„ „ à 37.— „	2 442.—
„ „ à 39.— „	5 616.—
„ „ à 41.— „	6 970.—
„ „ à 43.— „	7 224.—
„ „ à 45.— „	9 630.—
„ „ à 49.— „	113 043.—
„ Erwerbslosenmarken à 2.— Mk.	61 631.—
„ Extrasteuer für die Ausgesperrten in der Metallindustrie	15 401.—
„ an die Zahlstellen gelieferstes Material	54 346.40
„ Abonnements und Inserate	9 887.70
„ sonstige Einnahmen (Zinsen und dergl.)	54 288 99
à conto-Zahlung der Zahlstellen auf 4. Quartal 1922	83 179 80
	12 976 921.89

Ausgabe:

Für Agitation und Regelung von Lohnbewegungen:		
a) Gauleitung	580 751 99	
b) Zentralvorstand	24 700 50	
c) Zuschuß für Lohnangestellte	294 567 20	
d) Tarifberatungen (Tarifamtssitzungen, Reichs- und Bezirkstarif)	132 959.47	1 032 979.16
Für Unterstützungen:		
a) Arbeitslosenunterstützung	8 282.60	
b) Reiseunterstützung	338.50	
c) Krankenunterstützung	142 367.40	
d) Streikunterstützung	2 488 755 60	
e) Gemaßregeltenunterstützung	2 777.50	
f) Sterbeunterstützung	9 900.—	
g) Umzugsunterstützung	1 000.—	
h) Notfallunterstützung	2 500.—	
i) Rechtsschutz	9 194.55	2 665 116.15
Für Verwaltung (persönliche):		
a) Gehalt	340 240.35	
b) Versicherungsbeiträge	19 788 50	
c) Revisionen und Vorstandssitzungen	13 191 20	
d) Verbandsausschuß	2 300.—	375 520.05
Für Verwaltung (sachliche):		
a) Bureaumiete, Heizung, Reinigung, Licht	23 952.70	
b) Telephon, Schreib- u. Packmaterial	12 245.—	
c) Porto, Rollgeld usw.	26 724.—	
d) Neuanschaffungen, Reparaturen	11 775 90	
e) Druckkosten für Formulare, Buchbinder und Stempel	550 186.90	
f) Steuern, Versicherung und sonstige Unkosten	1 645 49	
g) Verwaltung und Depotspesen für Wertpapiere	335.85	
h) Postscheckgebühren	2 428 50	
i) Sonstige Ausgaben	653.—	629 947.34
Für Verbandsorgan:		
a) Redaktion	41 787.50	
b) Honorar für Mitarbeit	2 171.—	
c) Expedition	5 860.—	
d) Druckkosten und Papier	606 278 50	
e) Porto, Fracht, Rollgeld, Adressen, Streifbänder für den Versand	56 788.55	
f) Gewerkschaftliche Frauenzeitung	13 146.25	726 031.80
Für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen	20 714.84	
„ Unterrichtskurse u. Betriebsrätezeitung	26 196.75	46 911.59
Sonstige Ausgaben:		
Beitrag an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund	254 749.—	
Beitrag an das Internationale Sekretariat	30 000.—	
Delegationen und Konferenzen	551.—	
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	2 536 033.80	
Guthaben der Zahlstell. vom 2. Quartal zurück	35 516.62	2 856 850.42
		8 333 356.51

Bilanz.

Bestand am Schluß des 2. Quartals 1922		5 299.978.30
Einnahme im 3. Quartal 1922		12 976 921 89
Bestand und Einnahme		18 276 900 19
Ausgabe im 3. Quartal 1922		8 333 356.51
Bestand der Hauptkasse am Schlusse des 3. Quartals 1922		9 943 543.68
Davon waren beim Abschluß noch in den		
Lokalkassen	2 218 708.93	
Gaukassen	433 983.59	
Hauptkasse	7 290 851 16	9 943 543.68

Leipzig, im November 1922.

Ludwig Geist, Kassierer.

Die Revisoren: gez. Thomas Haug, Johann Lanz, Paul Sondershausen.

Abrechnung der Zahlstellen

vom 3. Quartal 1922.

Einnahme:

An die Hauptkasse nicht abgesandte Gelder	2 218 708.93
Anteil der Lokalkasse an den Beiträgen	2 536 033.80
Lokalzuschlag auf die Beitragsmarken	776 272.90
Sonstige Einnahmen	439 008.99
Guthaben aus der Hauptkasse zurück	35 516.62
	6 005 541.24

Ausgabe:

Erwerbslosenunterstützung am Ort	20 472.35
„ auf der Reise	2 350.50
„ bei Krankheit	87 795 70
Streikunterstützung	258 360.85
Gemaßregeltenunterstützung	15 665.65
Sterbeunterstützung	2 021.50
Rechtsschutz	2 480 70
Notfallunterstützung	32 119.—
Agitation	59 934 18
Verwaltung (persönliche)	866 090 59
(sachliche)	275 869.32
Beiträge an Kartelle und Arbeitersekretariate	251 218.38
Delegationen und Konferenzen	332 618.81
Sonstige Ausgaben	200 103.16
Guthaben bei der Hauptkasse	83 179.80
Bestand der Hauptkasse zurück	843 219 61
	3 333 500.10

Bilanz.

Bestand am Schlusse des 2. Quartals 1922	2 515 207.30
Einnahme im 3. Quartal 1922	6 005 541.24
	8 520 748.54
Ausgabe im 3. Quartal 1922	3 333 500 10
Bleibt Bestand	5 187 248.44
Davon gehört der Hauptkasse	2 218 708.93
Bleibt Bestand der Lokalkassen	2 968 539.51

Leipzig, im November 1922.

Ludwig Geist, Kassierer.

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Zeitungsversand: Die örtlichen Vorstände mögen vermeiden, daß innerhalb eines Kalendervierteljahres die Empfänger-Adresse für den „Steinarbeiter" geändert wird.

Das Bestellgeld für Zeitungen wird seit dem 1. Januar 1923 wieder erhoben und ist eine ziemliche Belastung für unsern Verlag (zirka 300 000 Mk. pro Vierteljahr). Für jedes einzelne Exemplar, auch wenn mehrere (von 2 an unbegrenzt in der Zahl nach oben) an eine Adresse gehen, müssen vom Verlag 4.50 Mk. Bestellgeld außer 30 Pfg. sonstigen Gebühren entrichtet werden. Diese Ausgabe kann zum Teil ganz vermieden werden, wenn die Empfänger des „Steinarbeiter" die Zeitungen selbst vom zuständigen Postamt am Ort abholen. Diese Einrichtung muß vom 1. April an möglich sein. Die Zahlstellen und Einzelzahler oder deren Zeitungsempfänger mögen der Versandstelle des „Steinarbeiter" bis Mitte Februar mitteilen:

1. Ob sie die Zeitungen abholen wollen.
2. Sich vergewissern, welche Postanstalt an ihrem Wohnort die Abholung zuläßt.
3. Genaue Angabe dieser Poststelle, z. B.: Bremen 7.

Wo die Abholung nicht möglich ist, wolle man uns auch Mitteilung machen. Dort müßte das Bestellgeld von der Zahlstelle selbst getragen werden. Für Einzelzahler kommt die obige Anregung nicht in Frage, weil diese bekanntlich den vollen Beitrag abliefern.

Die Belieferung der Zahlstellen mit dem „Korrespondenzblatt" wird nur noch für das 1. Quartal 1923 durch unsre Versandstelle erfolgen. In allen Verbandsorten wo ein Ortsausschuß des ADGB. (Gewerkschaftskartell) vorhanden ist, wird und ist teilweise bereits eine Sammelstelle zum gemeinsamen Bezug eingerichtet. Dort wollen die Ortsverwaltungen unsrer Zahlstellen ihren Bedarf anmelden, und wenn die Zustellung von diesen Sammelstellen eingeleitet ist, muß die Abmeldung der Leipzer Sendung bei der „Steinarbeiter"-Schriftleitung umgehend erfolgen. Zahlstellen, die keinem Ortsausschuß angehören oder die infolge ihrer geographischen Lage mit ihrem Ortsausschuß recht umständliche und weitläufige Verbindung haben, müssen dieses auch der Schriftleitung mitteilen. Die Sendung erfolgt dann vorläufig von Leipzig weiter, bis auch diese direkt von Berlin beliefert werden.

Diese Maßnahmen werden diktiert und sind notwendig infolge der außerordentlich hohen Portospesen. Die Ueberweisung der Betriebsrätezeitung des ADGB. und der Frauenzeitung wird hoffentlich baldigst auch auf diese Art geregelt. Sie spart Arbeit und Geld.

*

Mindererwerbsfähige: § 4 Absatz 9 des Statuts bestimmt, daß mindererwerbsfähige Mitglieder Unterstützung nach der Beitragsklasse erhalten, in die sie bei Erledigung ihres Antrags auf Beitragsbefreiung eingereiht wurden. Bei der heutigen Geldentwertung entsprechen diese Unterstützungssätze den Verhältnissen nicht mehr, deshalb hat der Zentralvorstand beschlossen, den mindererwerbsfähigen Mitgliedern die Unterstützungssätze nach der niedrigsten Beitragsklasse zu gewähren, die die männlichen Mitglieder in der Zahlstelle leisten. Beim Wechsel dieser Beitragsklassen gelten für die mindererwerbsfähig Anerkannten natürlich auch die 6 Wochen Karenzzeit. Im übrigen bleibt die statutarische Bezugsdauer bestehen.

Bekanntmachungen der Zahlstellen und Gauleitungen.

Chemnitz. Das Mitgliedsbuch von Oswald Steyer Nr. 16 549 wurde verloren. Vor Mißbrauch wird gewarnt. Das Buch ist ungültig.

Hannover. Für Paul Biewigs Gedenkstein liefen noch folgende Beträge ein: Stade 300, Oldenburg 200, Kiel 200 Mk. Insgesamt mit früheren Beträgen 3745 Mk. Die Sammlung ist geschlossen. Allen Gebern besten Dank!

Otto Brunotte, Kassierer, Schloßwendergarten 13, I.

Heuscheuer Sandsteinbezirk, Bezirkszahlstelle Wünschelburg: Die Kassengeschäfte sind bis auf weiteres dem Kollegen Andreas Graßer in Wünschelburg, Glatzer Straße 61, übertragen worden, deshalb sind alle Geld- und Wertsendungen die Zahlstelle betreffend an die genannte Adresse zu richten. Josef Beck, Vorsitzender.

Versammlungsanzeigen.

Stuttgart. Generalversammlung am Sonntag, dem 21. Januar, nachmittags 2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Saal 3.

Meißen. Generalversammlung am Sonnabend, dem 13. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Adressenänderungen.

1. Gau.

Elmshorn (Holstein). Vorsitzender: Hermann Will, Sandberg 40 Kassierer: Karl Friedrichs, Reichenstraße 20, Hths. pt.

8. Gau.

Koburg. Vorsitzender: Fritz Walter, Lohauerstraße 5

9. Gau.

Flonheim. Kassierer: Christ. Adam

3. Gau.

Penig. Vorsitzender und Kassierer: Paul Zeißler, Chursdorf 10.

2. Gau.

Wünschelburg. Kassierer: Andreas Graßer, Glatzer Straße 61

1. Gau.

Stade. Kassierer: Paul Maak, Kehdingerstraße 11.

8. Gau.

Altengronau. Vorsitzender: August Christianer, Haus Nr. 22.

5. Gau.

Gierzhagen. Kassierer: Karl Schöber in Rommen

10. Gau.

Halberstadt. Vorsitzender und Kassierer: Theodor Hartnuß, Backenstraße 51.

Neue Bücher und Zeitungen.

Vom Arbeiterjugendverlag, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, können folgende sehr empfehlenswerte Schriften bezogen werden:

Arbeiterjugend und Republik von E. Ollenhauer. 24 Seiten. Preis 0.20 Mk. × 300.

Die Arbeiterjugendbewegung, Einführung in ihre Geschichte von Karl Korn. 1. Teil. „Die soziologischen Voraussetzungen der Bewegung. Der norddeutsche und süddeutsche Verband bis zum Reichsvereinsgesetz." 96 Seiten. (2. und 3. Teil erscheinen Anfang 1923.) Preis 0.80 Mk. × 300.

Jugend heraus. „Gedichte und Prologe für unsre Kundgebungen und Feste", zusammengestellt von Walter Schenk. Dritte Auflage. 80 Seiten. Preis 0.65 Mk. × 300.

„Edles Menschentum." Ein freireligiöses Lehrbüchlein von Dr. Hermann Köstlin. 4. Auflage. Grundpreis: 50 Pfg. × 300.

Briefkasten.

Inserate im „Steinarbeiter" werden nunmehr nur gegen Voreinsendung des Betrages aufgenommen. Leider vergißt jährlich immer ein bestimmter Prozentsatz die Regelung trotz aller Mahnung! Wir sind schließlich gezwungen, diese säumigen Anzeigenaufgeber im „Steinarbeiter" zu veröffentlichen, weil wir nicht willens sind, nochmals das hohe Porto für fruchtlose briefliche Mahnungen auszugeben.

Bhldr. Schw. Die Warnung ist unangebracht und wird abgelehnt. Von andern Kollegen liegt gerade das Gegenteil vor. Die Preisentwicklung macht auch dort keinen Halt.

Anzeigen

Grabmal- u. Kriegerschriften
zeichnet **Franz Siegler,** Bildhauer, **Giessen** (Hessen), Licher Straße 37
Moderne Schriften, Muster stets vorrätig
(Verbands-Nr. 61 02)

Tüchtige Gattersäger
stellen ein
Stein- u. Marmor-Werke G. m. b. H. Essen.

Berlin
Mittwoch, den 17. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung der **Bau- und Grabmalbranche.**
Freitag, den 19. Januar, nachm. 5 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Versammlung der **Marmorbranche.** Tagesordnung in beiden Versammlungen: 1. Bericht der Tarifkommission. 2. Verschiedenes.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Gestorben.

Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.

In **Dresden-Pirna** am 26. Dezember der Sandsteinmetz Ernst **Mehlig,** 48 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Westhofen** am 22. Dezember der Brecher Christian **Fingerhut,** 58 Jahre alt, Lungenentzündung.

In **Blankenberg** am 19. Dezember der Granitsteinmetz Josef **Mühlbauer,** 39 Jahre alt, Lungenentzündung.

Ehre ihrem Andenken!

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag von Ernst Winckler, beide in Leipzig.
Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.